

Beteiligung an Sparkasse: Kreistag macht den Weg frei

Pinneberg (bam). Selten haben sich die Politiker des Kreistags mit einer Vorlage befassen müssen, die so gestelzt formuliert war. „Vor dem Hintergrund der aus der Historie schwachen Eigenkapitalausstattung der Sparkasse Südholstein sowie des zu erwartenden schwierigen Markt- und Wettbewerbsumfelds der kommenden Jahre stellt die für die Beschaffung von Eigenkapital von Sparkassen grundsätzlich herangezogene Gewinnthesaurierung keinen ausreichenden Lösungsweg dar.“ Konkret bedeutet das: Die Sparkasse Südholstein braucht Geld, und deshalb soll der Haspa-Finanzholding eine Minderheitsbeteiligung ermöglicht werden. Doch dazu muss der Landtag das Sparkassengesetz ändern. Der Kreistag beriet deshalb über einen Resolutionsentwurf, in dem der Landtag eben dazu aufgefordert wird. Sprecher von SPD und CDU unterstützen die Resolution. Der öffentlich-rechtliche Status der Sparkassen werde erhalten und dennoch bekomme das Geldinstitut einen Partner, von dem alle profitierten. FDP-Kreistagsfraktionschef Klaus G. Bremer wollte die Sparkasse auch für andere Unternehmen öffnen, sonst sei das Gesetz nicht EU-konform.

Die Linkspartei sprach sich gegen eine Beteiligung der Haspa aus. Eine Änderung des Sparkassengesetzes öffne die Tür zur Zerschlagung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen. „Die werden den Finanzmärkten zum Fraß vorgeworfen“, sagte Fraktionschef Claus-Peter Matetzki.

Peter Hölzel (Grüne) kritisierte ebenfalls die Resolution: „Die Haspa ist eine Privatbank und agiert wie eine Privatbank.“

SPD-Chef Hannes Birke widersprach: „Die Haspa unterliegt den Regeln der öffentlich-rechtlichen Sparkassen.“ Landrat Wolfgang Grimme wurde deutlicher: „Das ist Quadratmumpitz, was sie hier behaupten.“ Eine Kooperation mit der Haspa garantiere Bürgern und Mittelstand günstigere Produkte. „Die Haspa stellt uns ihr Knowhow zur Verfügung. „Wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir das ablehnen würden“, sagte er. Andere Sparkassen wie die Lübecker hätten beste Erfahrungen mit einer Beteiligung der Haspa gemacht. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Nur die Linke, die Wählergemeinschaft und drei der sieben Grünen stimmten dagegen.